

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39
Telex: 8 88 845 ppbn d

Inhalt

Walter Momper MdA zu den Ergebnissen des Gesprächs zwischen Eberhard Diepgen und Erich Honecker: Konkrete Fortschritte sind möglich.
Seite 1

Dietmar Zierer MdL weist die Angriffe der bayerischen Staatsregierung gegen einen katholischen Geistlichen zurück: Disziplinarverfahren nach WAA-Kritik im Gottesdienst.
Seite 2

Dokumentation:

Der Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher (ZMO) hat mit Entschiedenheit Versuche zurückgewiesen, „die historische Wahrheit zu verbiegen und zu verdecken“. Wortlaut
Seite 3

43. Jahrgang / 30

12. Februar 1988

Konkrete Fortschritte sind möglich

Zu den Ergebnissen des Gesprächs zwischen Eberhard Diepgen und Erich Honecker

Von Walter Momper MdA
Landes- und Fraktionsvorsitzender der Berliner SPD

Die SPD begrüßt die Ergebnisse des Treffens zwischen Eberhard Diepgen und Erich Honecker. Der Besuch hat bewiesen, daß konkrete Fortschritte für die Menschen in beiden Teilen der Stadt möglich sind, wenn das direkte Gespräch gesucht und geführt wird.

Eberhard Diepgen hätte diesen Erfolg schon wesentlich früher verzeichnen können, wenn er mit dem Besuch nicht so lange gezögert hätte. Die Übernachtungsmöglichkeit für Berliner im Ostteil der Stadt ist im eigentlichen Sinne kein Erfolg für den Senat, sondern die längst überfällige Korrektur eines schweren Versäumnisses der Bundesregierung aus dem Jahre 1984.

Wir fordern den Regierenden Bürgermeister auf, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen und weitere direkte Treffen mit Erich Honecker anzustreben.

Das Verhalten Eberhard Diepgens nach seiner Rückkehr aus Ost-Berlin ist skandalös. Der Regierende Bürgermeister hat sich in dieser für Berlin so zentralen Frage geweigert, das Parlament zu informieren und statt dessen eine medienwirksame Pressekonferenz gegeben. Dies ist eine krasse Mißachtung der Volksvertretung, schlechter parlamentarischer Stil und zeugt von der Fernsicht Eberhard Diepgens.

Die notwendige Gemeinsamkeit aller Parteien in Berlin in deutschlandpolitischen Fragen wird durch ein solches Verhalten schwer belastet.

Die SPD hat eine Unterbrechung der Parlamentssitzung während der Pressekonferenz beantragt und hat nach der Ablehnung dieses Antrages durch die Koalition kurzfristig eine Fraktionssitzung einberufen, um die Abgeordneten über die Unterrichtung der Fraktionsvorsitzenden durch den Regierenden Bürgermeister zu informieren.

(-/12.2.1988/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 06

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verlagsgesellschaft
für den Bereich
Bonn-Post



Bayern will „Marterlpfarrer“ disziplinieren

SPD stellt sich vor katholischen Geistlichen

Von Dietmar Zierer MdL

Die Staatsregierung will den katholischen Pfarrer und Religionslehrer Leo Feichtmeier unter allen Umständen disziplinieren. Der Pfarrer gehört zu den sechs „Marterlpfarrern“, die jeden Sonntag am „Franziskus-Marterl“ in der Nähe der Wiederaufarbeitungsanlage einen ökumenischen Gottesdienst feiern.

Auf einer Vortragsveranstaltung hatte Leo Feichtmeier in seinem Referat „Frieden mit der Schöpfung schließen“ wiederholt den bayerischen Ministerpräsidenten zitiert und festgestellt, „wenn kritische Geister zum Schweigen gebracht werden... dann nähern wir uns einer Ermächtigung zum Staatsterror“.

Daraufhin hatte das Kultusministerium ein Disziplinarverfahren eingeleitet und ist offenkundig willens, eine „Disziplinarverfügung“ zu erlassen, obwohl Pfarrer Feichtmeier seine Einschätzung mit zahlreichen Zitaten und Aussagen aus der Staatsregierung, speziell von Ministerpräsident Strauß begründet hat.

Es ist ein Akt staatlicher Willkür und Ungerechtigkeit, wenn man nunmehr die Äußerungen des Oberstudienrates Leo Feichtmeier, die er in seiner Freizeit als engagierter, christlich motivierter WAA-Gegner abgegeben hat, mit einem Disziplinarverfahren bewertet und ahndet. In einem Brief an Ministerpräsident Strauß fordere ich die unverzügliche Einstellung des Disziplinarverfahrens: „So wie Sie, Herr Ministerpräsident, für sich das Recht herausnehmen, die Meinungsäußerungsfreiheit in Anspruch zu nehmen, so muß dies auch für einen Oberstudienrat und katholischen Geistlichen gelten, wenn er dies in seiner Freizeit tut. Falls gegen Herrn Leo Feichtmeier tatsächlich dieses Disziplinarverfahren durchgeführt wird, wie angekündigt, bedeutet dies wiederum ein Stück Abbau von Freiheitsrechten „um die WAA herum“.“

An anderer Stelle heißt es in meinem Brief:

„Ich darf Sie bitten, mir zu diesem Themenkomplex und zum konkreten Disziplinarverfahren gegen Herrn Feichtmeier Ihre Meinung mitzuteilen. Bitte wirken Sie auf das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultur ein, damit unverzüglich das Disziplinarverfahren gegen Herrn Leo Feichtmeier eingestellt wird.“

(-/12.2.1988/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

ZMO: Die historische Wahrheit nicht verbiegen und verdecken

Der Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher (ZMO), der sich zur Entspannung und zum Ausgleich mit dem Osten bekennt und aus diesem Geist heraus agiert, hat mit Entschiedenheit Versuche zurückgewiesen, die Vertreibung der Deutschen mit dem Mord an den Juden gleichzusetzen. Anlaß einer entsprechenden Erklärung und Standortbestimmung waren für den ZMO die Angriffe, die die Alt-Vertriebenenverbände gegen den Schülerwettbewerb „Wir Deutschen und unsere östlichen Nachbarn“ richten, der vom Land Nordrhein-Westfalen veranstaltet wird. Wir dokumentieren die ZMO-Erklärung wegen ihres programmatischen Gehaltes im Wortlaut.

Mit dem Schuljahr 1987/88 geht der Schülerwettbewerb in das 34. Jahr seiner Durchführung. Mit diesem Wettbewerb soll der gesetzliche Auftrag an Bund und Länder erfüllt werden, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete jungen Menschen nahezubringen und im Bewußtsein der gesamten Bevölkerung zu erhalten.

Der Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher stellt mit großer Befriedigung fest, daß im Gegensatz zu den Schülerwettbewerben seit 1953, nun unter der Schirmherrschaft des Kultusministers Hans Schwier und des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hermann Heinemann, dieser nun in einer längst fälligen, wissenschaftlich objektiven Form durchgeführt wird.

In den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts war Mittel- und Osteuropa Schauplatz politisch verursachter Bevölkerungsverschiebungen. Ausgelöst durch eine nationalistische Expansionspolitik wurden die Völker Ost- und Mitteleuropas zur Verschiebemasse von Großmachtinteressen. Damit verbunden unzählige tragische Einzelschicksale der in das Räderwerk der Machtpolitik geratenen Menschen.

Um der geschichtlichen Wahrheit willen war es längst überfällig deutlicher darzustellen, daß wir Deutschen nicht nur als Opfer, sondern auch als Täter der Vertreibung in Erscheinung getreten sind.

Die Inhumanität des deutschen Beispiels ist auf uns Deutsche zurückgeschlagen. Diese Wahrheit nicht zu verbiegen und zu verdecken, der Jugend als mahnendes Beispiel darzustellen, ist weder Nestbeschmutzung noch Verzichtspolitik, wie die Funktionäre der Altvertriebenenverbände behaupten, sondern Lebensperspektive und Chance für kommende Generationen hin zum friedlichen Miteinander.

Durch Machtpolitik wurde vertrieben, deportiert, umgesiedelt, zur Flucht oder ins Exil getrieben und Menschen in ihrer physischen Existenz vernichtet. Von diesem systematischen menschenverachtenden Völkermord waren nicht nur durch gepredigten Rassenhaß verfolgte Juden betroffen, sondern auch Kommunisten, Sozialdemokraten, alle politischen Gegner des Nazi-Regimes, Gewerkschaftler, Zeugen Jehovas, bekennende Christen, Angehörige anderer Rassen oder anderer Volkszugehörigkeit.



Wer deshalb heute die Verdrängung der Deutschen mit dem Völkermord an den Juden und den Untaten, die wir anderen Völkern zugefügt haben, auf eine Stufe stellen will, hat aus unserer Vergangenheit noch nichts begriffen.

Viele Millionen Deutsche litten und leiden unter dem Schicksal ihrer Vertreibung. Über diese Betroffenen dürfen wir aber heute die Fragen nach Ursachen, Verantwortlichkeit und deren rechtlicher Würdigung nicht verdrängen. Deshalb ist es wichtig, daß der Schülerwettbewerb 1987/88 auf die Behandlung dieses Themenkreises „Wir Deutschen und unsere östlichen Nachbarn“ eingeht.

Es ist längst überfällig, daß diese Themenkreise aus dem emotionalen Dunstkreis der Altvertriebenenverbände und deren Funktionäre herausgenommen werden, um sie einer objektiven Analyse der Zeitgeschichte zu unterstellen.

Die Stiftung Ostdeutscher Kulturrat beklagt in einer Publikation: Durch den Schülerwettbewerb 1987/88 in Nordrhein-Westfalen bestehe Gefahr, daß der Sinn dieses Wettbewerbs verstümmelt und entstellt werde. Auch der Bund der Vertriebenen sieht in dem jüngsten Schülerwettbewerb eine Provokation. Aufmachung und Tendenz der Ausschreibung seien abzulehnen.

Dies sind Stimmen der Altvertriebenenverbände, die nur eigenes Schicksal beklagen, blind sind gegen geschichtlichen Wahrheiten und mangels durchigungsbereitschaft auch historische Erfahrungen nicht begreifen wollen oder können.

Der Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher hat demgegenüber in seiner Präambel zu diesen Themen eine klare eindeutige Stellung bezogen.

- 0 Für den ZMO ist die Pflege kultureller Werte Deutscher aus Ost- und Südosteuropa, der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik Aufgabe des Volkes. Er wendet sich entschieden gegen jeden Mißbrauch durch einseitige kulturpolitische Propaganda sowie gegen Monopolisierung kultureller Werte.
- 0 Der ZMO weist bei der Pflege dieses Kulturgutes auf die wechselseitigen Beziehungen und Verflechtungen mit den Kulturen der Nachbarvölker in Ost und West hin. Er sieht in den kulturellen Beziehungen Brücken und Bindglieder zwischen den Nachbarvölkern. Deshalb ist er für eine objektive und entgiftete Darstellung dieser Tatbestände.
- 0 Der ZMO ist gegen jeglichen Chauvinismus auch auf den Gebieten der Kunst, Kultur und Wissenschaft.

40 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges haben viele Vertriebene eine neue Heimat gefunden. In den Gebieten, aus denen sie gekommen sind, haben die dort Neuangesiedelten und ihre Nachkommen ebenfalls eine neue Heimat gefunden.

Wer nun immer wieder einseitig Schuld zuweisen will, gefährdet die Möglichkeit der Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn und verbaut der Jugend und den kommenden Generationen die Chance eines friedlichen Neben- und Miteinanders.

Harry Sander

(-/29.2.1988/vo-he/rs)

* * *